



Donald Trumps wiederholte Äußerungen über eine mögliche Annexion Grönlands markieren nicht nur einen neuen Höhepunkt seiner erratischen Außenpolitik, sondern offenbaren auch die strategische Orientierungslosigkeit der Vereinigten Staaten unter seiner Führung. Dass der frühere Präsident und derzeit aussichtsreichste republikanische Bewerber für die Wahl 2028 erneut davon spricht, die arktische Insel – formal Teil des Königreichs Dänemark – in das amerikanische Staatsgebiet einzugliedern, wäre als Kuriosität abgetan worden, käme es nicht zur denkbar ungünstigsten Zeit: Mitten in einer Phase wachsender Spannungen innerhalb der NATO, der zunehmenden strategischen Unsicherheit Europas und einer globalen Neuordnung, in der die Normen der Nachkriegsordnung zunehmend unter Druck geraten.

Die Rhetorik Trumps geht inzwischen deutlich über symbolische Provokation hinaus. Die Tatsache, dass aus seinem Umfeld explizit von militärischen Optionen gesprochen wurde, lässt aufhorchen. In den europäischen Hauptstädten ist man zu Recht alarmiert. Nicht allein wegen des konkreten Ziels Grönland, sondern weil ein solches Vorhaben ein Präzedenzfall wäre – einer, der das Prinzip territorialer Integrität unter NATO-Partnern in Frage stellt. Der Schutzmechanismus des Bündnisses, auf dem die europäische Sicherheit seit Jahrzehnten ruht, würde in seinem Kern erschüttert.

NATO in der Bewährungsprobe

Die NATO basiert auf gegenseitigem Vertrauen, der Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung und der Achtung nationaler Souveränität. Sollte eine der führenden Mitgliedsnationen beginnen, gegen einen anderen Partnergebietsforderungen zu stellen – sei es rhetorisch oder operativ –, dann steht nicht weniger als die Existenzberechtigung der Allianz zur Disposition. Grönland ist zwar geographisch isoliert, aber strategisch hochrelevant: Mit seinen Radarstationen, Rohstoffvorkommen und der Nähe zur Arktis bildet die Insel einen Schlüsselpunkt im sicherheitspolitischen Kräftemessen mit Russland und China. Trumps Ambitionen signalisieren eine neue Form geopolitischen Zugriffes – nicht durch Diplomatie, sondern durch Druck und Destabilisierung.

Für Europa bedeutet dies eine doppelte Herausforderung. Zum einen muss die Solidarität mit Dänemark glaubhaft demonstriert werden, was durch die rasche und koordinierte Reaktion westlicher Regierungen bereits angedeutet wurde. Zum anderen steht Europa selbst unter Zugzwang, seine strategische Autonomie zu überdenken. Die bisherige sicherheitspolitische Abhängigkeit von Washington wird zunehmend zur Hypothek, wenn in Washington eine politische Führung denkbar wird, die nicht nur das transatlantische Verhältnis, sondern auch die Grundlagen internationalen Rechts offen missachtet.



Deutsch-französische Führungsverantwortung

Frankreich und Deutschland kommt in dieser Konstellation eine besondere Rolle zu. Frankreich hat als Nuklearmacht mit globalem Anspruch und permanentem Sitz im Sicherheitsrat traditionell eine eigenständige außenpolitische Linie verfolgt. Präsident Macron hat die Idee einer europäischen strategischen Souveränität mehrfach zur Sprache gebracht – bislang mit begrenzter Resonanz. Der aktuelle Vorgang verleiht dieser Debatte neue Dringlichkeit. Ein Europa, das nicht in der Lage ist, die territoriale Unversehrtheit eines kleinen, aber souveränen Partnerstaates im Norden glaubhaft zu verteidigen, verliert seine politische Glaubwürdigkeit.

Deutschland wiederum steht vor der Aufgabe, seine außenpolitische Zurückhaltung mit den sicherheitspolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts in Einklang zu bringen. Die frühere „Ampelkoalition“ hatte – unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine – zwar eine „Zeitenwende“ ausgerufen, doch bleibt die praktische Umsetzung dieser Wende auch unter der neuen Regierung unter Kanzler Merz schleppend. Der Fall Grönland könnte zum Prüfstein dafür werden, ob Berlin bereit ist, aus der Rolle des reaktiven Mitverwalters in die eines aktiven Garanten europäischer Sicherheit hineinzuwachsen.

Der atlantische Spalt vertieft sich

Jenseits konkreter Szenarien ist das eigentliche Risiko dieser Episode ein strukturelles: Die fortschreitende **Entfremdung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten**. Trumps Worte – diesmal eher strategisch kalkuliert als impulsiv formuliert – entfalten eine zerstörerische Wirkung auf das transatlantische Vertrauensverhältnis. Bereits seine erste Präsidentschaft war geprägt von der Herabwürdigung der NATO, der politischen Aufwertung autoritärer Regime und einem transaktionsgetriebenen Verständnis internationaler Politik. Nun kündigt sich eine Neuauflage dieses Ansatzes an, mit noch größerer ideologischer Geschlossenheit im republikanischen Lager.

Europa täte gut daran, sich auf ein Szenario vorzubereiten, in dem es nicht länger auf die politische Verlässlichkeit amerikanischer Führungsfiguren zählen kann. Die Debatte über eine europäische Verteidigungsunion, über gemeinsame Rüstungsprojekte, einheitliche Kommandostrukturen und eine realistische strategische Kommunikation muss beschleunigt und vertieft werden. Auch der Sicherheitsbegriff selbst ist neu zu definieren: Er umfasst heute nicht nur militärische Stärke, sondern auch Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, wirtschaftlicher Erpressung und politischer Instabilität innerhalb des Westens.



Grönland als geopolitischer Zankapfel – Trumps Rückfall in imperialistische Fantasien

Dass ein US-Präsident im Jahr 2026 offen die Annexion eines NATO-Partnergebiets erwägt, mag grotesk erscheinen. Doch Geschichte kennt keine ironischen Fußnoten, sondern nur Wendepunkte. Es liegt an Europa, diesen Moment nicht als Randnotiz zu behandeln, sondern als Warnruf.

Autor: P. Tiko